

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden  
Verleger: Carl Neubauer  
Eingetragen am 1. März 1901  
Schriftleitung u. Druckerei: Carl Neubauer  
Dresden - K. 1. Marienstraße 20/21

Verlagsort: Dresden  
Verleger: Carl Neubauer  
Eingetragen am 1. März 1901  
Schriftleitung u. Druckerei: Carl Neubauer  
Dresden - K. 1. Marienstraße 20/21

Verlag: Carl Neubauer  
Dresden, Marienstraße 20/21  
Eingetragen am 1. März 1901  
Schriftleitung u. Druckerei: Carl Neubauer  
Dresden - K. 1. Marienstraße 20/21

## Der österreichische Staatsbesuch in Berlin

### Herzlicher Empfang des Bundeskanzlers

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Febr. Mit dem Wiener Schnellzug traf heute vormittag der österreichische Bundeskanzler Dr. Franz Schöber, der sich bis zum Montag als Staatsbesuch in der Reichshauptstadt aufhält, auf dem Anhalter Bahnhof ein. Zur Begrüßung hatten sich in dem mit Blumen geschmückten Empfangszimmer eine große Anzahl prominenter Persönlichkeiten der Reichsbehörden und der Politik eingefunden, und zwar waren

Reichskanzler Müller, Reichsaußenminister Dr. Curtius, Staatssekretär Pänder, Ministerialdirektor Rühle, der Chef des Protokolls, Graf Tattenbach, der Polizeipräsident und andere mehr erschienen.

Auch der österreichische Gesandte Dr. Frank war anwesend. Die Bahnpolizei hatte auf dem Bahnsteig die nötigen Abferrungen vorgenommen, um den Zug für die österreichischen Gäste freizuhalten. Als der Zug nach 9 Uhr eintraf und Bundeskanzler Dr. Schöber dem Salonwagen entstieg, der sich am Anfang des Zuges befand, wurde er mit einem dreifachen Hoch empfangen, in das die Menge, die sich trotz der Abferrungsmassnahmen angesammelt hatte, stimmte. Dr. Schöber wurde sodann vom Reichskanzler Müller und

vom Reichsaußenminister Dr. Curtius auf dem Bahnsteig begrüßt

und vom Chef des Protokolls mit den übrigen deutschen Persönlichkeiten bekanntgemacht. Durch das Empfangszimmer wurde dann der österreichische Staatsmann, in dessen Begleitung sich der deutsche Gesandte in Wien, Graf Verchenfeld, sowie der Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Peter, und der Gesandte Junker befanden, nach dem Ausgang des Bahnhofes zu dem Wagen geleitet. Hier bildete eine berittene Abteilung Schutzpolizei sowie Beamte zu Fuß das Ehrenpatrouille. Auch bei der Abfahrt nach dem Hotel „Kaiserhof“, wo Dr. Schöber Wohnung nimmt, wurde er mit Hochrufen von der Menge begrüßt. Zu Mittag erfolgte die Audienz beim Reichspräsidenten von Hindenburg mit anschließendem Frühstück. Der Nachmittag ist für politische Besprechungen freigehalten. Am Abend gibt der Reichskanzler ein Abendessen.

Zu Schöbers Begrüßung ergreifen alle großen Berliner Zeitungen das Wort, und wohl selten ist ein Staatsmann mit so freundlichen Artikeln empfangen worden, wie Schöber am heutigen Tage. Das Bewußtsein der vollen Verbundenheit mit dem österreichischen Bruderstaat wird überall unterdrückt, dabei vor allem aber auch der großen Hochachtung Ausdruck gegeben, die man hier vor Schöber als Staatsmann hat. Die Grundzüge der politischen Absichten, mit denen Schöber nach Berlin kommt, sind vor einigen Tagen bereits durch unseren Wiener Korrespondenten ausdifferenziert worden. Dem läßt sich wenig hinzufügen. Voraus es legt in Berlin ankommt, ist, daß die ins Stocken geratenen und bereits zu Verkündigungen Anlaß gebenden deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen unter einem größeren Gesichtspunkte zu Ende geführt werden.

Es genügt nicht, den üblichen Weg eines Vertrages mit Meistbegünstigungsklausel zu betonen, sondern es gilt bei einer handelsvertraglichen Regelung nicht zuletzt auch unter dem größeren Gesichtspunkte eines kommenden Zusammenstoßes vorzugehen. In Berlin möchte man sich darüber hinaus stellenweise mehr als bisher bewußt werden, daß Österreichs Außenpolitik und überhaupt sein künftiges Schicksal, soll es nicht von anderen Nachbarn gestaltet werden, schicksalhaft von hier aus mitverantwortet wird. Diese Erkenntnis auszusprechen, wäre vor Jahren vielleicht bereits eine Tat gewesen, heute genügt es nicht mehr. Heute muß das politische Geschehen ein Niedersturz dieser Artfalschheit sein.

Im Vordergrund stehen also die Handelsvertragsverhandlungen.

Nicht die Frage nach der Rentabilität des mit dem höchsten Zollsatz geschützten Wirtschaftszweiges darf entscheidend sein, sondern der politische Wille zur Einheit und, diesem untergeordnet, müssen die wirtschaftlichen Möglichkeiten nach dem Geiz der gemeinsamen Nützlichkeit gesucht werden.

Wenn es das Wort von einer aktiven Zollpolitik, die sich nicht gegen jemanden auszuwirken braucht, sondern sich zu Gunsten aller auswirken kann, ernst gemeint war, so ist hier die Gelegenheit, den Beweis zu erbringen. Die Voraussetzungen für einen erlösaufreichen Verlauf der Handelsvertragsverhandlungen sind heute gegeben. Vielleicht wäre es gut, wenn eine gemeinsame politische Delegation einen Rückfall in die Kleinräumerlei erbitterter, um Zollpositionen streitender Interessenten vermeiden hätte. Österreich bringt aber auch die Möglichkeit, gemeinsam mit ihm

an die mitteleuropäischen Fragen heranzutreten. Es ist jetzt, einen geschichtlichen Augenblick wahrzunehmen, einen geschichtlichen Augenblick, der zwei Aufgaben umschließt:

die innerdeutsche des Zusammenschlusses mit der vorher notwendigen Annäherung, und die außenpolitische einer Neuordnung Europas mit dem ersten Schritt zur Ordnung Mitteleuropas.

Gerade wenn diese Notwendigkeit jetzt erneut unterstrichen wird, darf nicht verstrichen werden, daß die Politik des Reiches gegenüber dem österreichischen Bruderstaat in den letzten zehn Jahren nicht immer ermutigend gewesen ist. Gewiß ist einiges geschehen, zum Beispiel die fortschreitende Rechtsangleichung und anderes mehr. Aber Entscheidendes geschah nicht. Gewiß hat man österreichischerseits nicht zu viel erwartet. Gewiß war die gesamtdeutsche Verantwortung dort so lebendig, daß man der schwierigen außenpolitischen Lage des Reiches jederzeit gerecht zu werden versuchte. Man verstand den verstorbenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann, wenn er die Fragen des Reiches gereizt haben wollte, um endlich eine Initiative nach Osten entwickeln zu können. Man wußte, daß er in Österreich einen Erfolge deutscher und mitteleuropäischer Politik sah, für das seine Sympathien nicht einer nationalen Karibik entspringen, sondern erkennen- und anerkennend waren. Es ist zu hoffen, daß der Besuch des Bundeskanzlers Schöbers die Beweise erbringen wird, daß man in der Tat Stresemanns Erbe weiterzuführen und auszubauen gewillt ist.

### Die drohende Krise im Reich

Nach wie vor: Schwierigkeiten im Vereinigten Reichstag

Berlin, 22. Febr. Die Freitagssitzungen im Reichstag haben das Schicksal des Polenabkommens immer noch nicht endgültig geklärt. In Regierungskreisen herrscht zwar immer noch ein gewisser Optimismus, doch kann von einer Verminderung der Schwierigkeiten keineswegs gesprochen werden. Im Gegenteil besteht im Vereinigten Reichstagsausschuß nach wie vor eine starke Stimmung zugunsten einer Herausnahme des Lautabkommens aus den Youngabmachungen. Ob ein dahingehender Beschluß des Ausschusses eine Kabinettskrise zur Folge haben würde, ist eine Frage, über die das Kabinett noch nicht entschieden hat. Mit der Möglichkeit einer Krise muß in einem solchen Falle immerhin gerechnet werden. Der Vereinigte Ausschuß, der am Sonnabend weiterverhandelt, dürfte kaum vor Anfang nächster Woche endgültige Beschlüsse fassen. Im übrigen hat der Besuch Schöbers für die Regierung zunächst eine vorübergehende Ablenkung gebracht.

### Der Abschluß des Handelsvertrages mit Polen

Berlin, 22. Febr. Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen sind in ihr Endstadium getreten. In den prinzipiell wichtigsten Fragen ist eine Einigung erzielt worden, während die noch offenbleibenden Einzelfragen, die sich auf Niederlassungsrecht, Schiffsfahrtsabkommen, Kohleneinfuhr usw. beziehen, gegenwärtig Gruppe für Gruppe durchgearbeitet werden. In der Schweinefrage hielten die Polen ihre frühere Forderung nach einer Zulassung polnischer Schweinefleischlieferungen zum freien Markt fallen gelassen und der Uebernahme des gesamten Schweinekontingents durch eine noch zu gründende deutsche Abnahmehorganisation zugestimmt. Zu Montag seien Sachverständige des deutschen Maschinenbaus und der elektrotechnischen Industrie nach Warschau berufen worden, um an der endgültigen Klärung der einschlägigen handelspolitischen Fragen teilzunehmen. Der Abschluß der Arbeiten an dem Vertragsabstimmungs im Laufe einer Woche zu erwarten.

### Die SPD. feiert das Rapp-Jubiläum

Berlin, 22. Febr. Aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Niederlegung des Rapp-Putschs veröffentlicht die Sozialdemokratische Partei einen Aufruf. An das republikanische Deutschland, in dem alle republikanisch Gesinnten im Lande aufgefordert werden, am 16. März ein Fest der Erinnerung zu geben als Mahnung zur Einheit und als Warnung an alle Feinde der Republik.

### Staatsbetriebe

Einseitigste Politiker sind unentwegt Optimisten. Ob man sie in Parlamenten und Versammlungen, dann versichern sie immer wieder auf das eifrigste, daß es unserer Wirtschaft gut genug gehe, um immer neue Lasten und Steuern zu tragen. Die Erwerbslosenziffer von 2 1/2 Millionen, ja selbst die hohen Zinsen, das alles sollen keine Symptome der schweren Krise sein, selbstverständlich sogar Beweise des Gegenteil. Man wird staunen, man kann verzweifeln lassen, man kann solche Behauptungen für einen verfrähten Aprilscherz halten. Aber das ändert leider nichts an der Tatsache, daß sie täglich von Tausenden von Agitatoren in die Köpfe der Erwerbslosen gehämmert werden und Anlaß zu einer Nabilisierung der Gemüter geben, die sich bereits hier und dort in kleineren Unruhen Luft macht, die aber eines Tages Anlaß zu schwersten politischen Explosionskatastrophen werden kann. Begründet werden solche neu-marxistischen Anschauungen damit, daß unsere hohe Erwerbslosigkeit und der Kapitalmangel nicht die Folge des Darniederlegens unserer Produktion sei, nicht eine Folge der ständigen Tributabflüsse an das Ausland, für die wir keine Gegenleistungen bekommen, sondern — man höre und staune! — eine Folge der Rationalisierung der Betriebe. Dadurch könnten mit geringen Arbeitskräften die gleichen Leistungen erzielt werden, wie früher mit einer großen Zahl von Arbeitern. Und der Kapitalmangel? Er erkläre sich aus dem gleichen Grunde. Die Kapitalien seien eben durch die Rationalisierung aufgebraucht worden. Das sind Behauptungen, die leider ihre Wirkung auf die Massen nicht verfehlen. Demgegenüber weiß natürlich der objektive Beobachter, daß in Deutschland die Rationalisierung im Gegensatz zum Ausland nur in bescheidenem Umfang erfolgt konnte, weil die Zinsen für die dafür nötigen Kapitalien viel höher sind als der Mehrertrag, der aus einer Rationalisierung zu erwarten ist. Gerade die Rationalisierung war es, die viele Betriebe, die in ihr die Rettung sahen, ruiniert oder in ausländische Abhängigkeit gebracht hat, weil die Zinskosten den Mehrertrag überstiegen haben. Ein lehrreiches Beispiel dafür bietet auch das Schicksal vieler landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland, die heute derart überschuldet sind, daß sie einfach nicht mehr lebensfähig sind. Und es ist merkwürdig, daß dieses Schicksal gerade die energischsten Landwirte getroffen hat, diejenigen, die den steigenden Abfahrschulden durch Kapitalaufnahme mit der Absicht der intensiveren, also rationelleren Betriebsführung zu begegnen hofften. Auch hier wie überall. Die Zinsen erdrücken die Erfolge der Verbesserungen. Nun ist es sehr schwer, denjenigen, die aus marxistischem Egoismus nun einmal nicht an die Not unserer Landwirtschaft glauben wollen, von der Unrichtigkeit ihrer Ansicht abzubringen. Aber es gibt ein jeden überzeugendes Beweismittel. Das ist die Frage nach der Ergiebigkeit der Betriebe des Staates. Bekanntlich wurden Reich, Länder und Kommunen gemäß den Tendenzen der nachrevolutionären Entwicklung in steigendem Maße zu Privatunternehmern. Wenn es der Privatwirtschaft so gut ginge, wie es die sozialistische und kommunistische Agitation so gerne darstellt, dann müßten die öffentlichen Betriebe, die noch dazu von allen Realsteuern befreit sind, zum mindesten ebenso blühen. Hier kann man doch nicht mit der Behauptung kommen, daß günstige Betriebsergebnisse verschleiert würden. Denn in weiten Interesses wäre das liegen? Die Leiter der öffentlichen Betriebe haben sicher im Gegenteil das Bestreben, mit möglichst günstigen Ergebnissen vor die Öffentlichkeit zu treten. Wenn nun dieser Tage dem Landtage eine Zusammenstellung der Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe des letzten Wirtschaftsjahres vorgelegt worden ist, aus der sich ergibt, daß diese Betriebe heute überhaupt nur noch zu existieren vermögen, weil aus den allgemeinen Steuermitteln ein Zuschuß von insgesamt 754884 Mark geleistet worden ist, so sollte sich daraus auch für den hemmungslosesten Agitator der erschütternde Beweis dafür ergeben, in welcher Notlage sich erst die private Landwirtschaft, sei sie Groß- oder Kleinbetrieb,

### „Spionage an der Westfront“

laufet der Titel einer größeren Artikelserie von Friedrich Munka, mit deren Abdruck wir in unserer Dienstag-Morgen-Ausgabe beginnen. Das außergewöhnliche Interesse, das die beiden Schilderungen „Der falsche Flakkommandeur“ und „Die Vernichtung des dicken August“ in unserem Leserkreise gefunden haben, läßt erwarten, daß auch diese neuen Erinnerungen desselben Verfassers, die gleich spannend und glänzend geschrieben sind, wiederum größte Beachtung finden.